



Forum für Weltoffenheit und Souveränität

Aus dem Inhalt

Europa, der Krieg und die Wirtschaft

Gespräch mit Dr. Hans-Jörg Bertschi
Unternehmer

**Berichte aus dem Bundeshaus
Herbstsession 2022**

Stefanie Heimgartner, Nationalrätin

**Armeebotschaft: das neue Kampf-
flugzeug F-35 und das Weiterfliegen
des F-5**

Maja Riniker, Nationalrätin

**In diesem Jahr wächst die Schweiz
um eine viertel Million Einwohner**

Martina Bircher, Nationalrätin

**Steuerpolitik als wichtiger
Standortfaktor**

Silvan Hilfiker, Grossrat

**Innovation – Was schuldet der
Regulator dem Innovator?**

Dr. Daniel Heller
Partner bei Farner Consulting AG

**Strom – wie weiter?
Öffentliche Veranstaltung**

PERSPECTIVE CH

PERSPECTIVE CH

**Einladung zur
Mitgliederversammlung**

Herausgeber

PERSPECTIVE CH, Postfach, 5001 Aarau

PERSPECTIVE CH – im Einsatz für eine souveräne, unabhängige Schweiz



Geschätzte Kolleginnen und Kollegen

Der Einsatz für unsere Heimat ist oftmals mit «Blut, Schweiss und Tränen» verbunden. Es gilt tagtäglich, die freiheitliche Weltanschauung zu verteidigen. Viel zu oft wird das Erfolgsmodell Schweiz zu torpedieren und zerstören versucht. **Nicht zuletzt die Forderung nach mehr Staat und damit weniger Eigenverantwortung und gleichzeitig weniger unternehmerischer Freiheit ist vermehrt zu spüren.** Gegen diese Tendenz tritt PERSPECTIVE CH mit aller Vehemenz an.

Ich freue mich, dass Sie nun beim Lesen dieses Einleitungstextes den neusten Newsletter von PERSPECTIVE CH in neuem Layout in den Händen halten.

Sie finden spannende Lektüren unserer Mitglieder: Unser Vizepräsident Hans-Jörg Bertschi äussert sich in seinem Meinungsbeitrag zum Thema «Europa, der Krieg und die Wirtschaft». Unsere eidgenössischen Parlamentarierinnen Stefanie Heimgartner und Martina Bircher blicken auf die Herbstsession zurück und bieten Einblick ins Parlamentariergeschehen. Silvan Hilfiker, der Fraktionspräsident der FDP Aargau im Grossen Rat, berichtet aus dem Parlamentsgeschehen in Aarau (Grosser Rat). Ein profunder Einblick seinerseits. Daniel Heller als hervorragender Kenner der Spitallandschaft und damit des Gesundheitswesens stellt die Frage «Was schuldet der Regulator dem Innovator?» und trifft mit dieser freiheitlich geprägten Fragestellung den Nagel auf den Kopf. Nach dem Lesen des Textes von Maja Riniker ist klar, dass der F-35 bestellt wird und warum der Armee mehr finanzielle Mittel zufließen müssen.

Aktuell beherrschen die wirtschaftlichen Auswirkungen des Ukrainekrieges und die Stromversorgung die Schlagzeilen. Letzterem Thema ist unser traditioneller Herbstanlass gewidmet: Am 10. November 2022 findet um 19.30 im Gasthof Ochsen in Lupfig die **Öffentliche Veranstaltung** zum Thema **«Strom – wie weiter»** statt. Es referieren Michael Bhend, Leiter Netze und Europa bei der ElCom sowie Martin Koller, Head Corporate Strategy & Economics der Axpo. Daneben werden national und kantonale tätige Behördenmitglieder von Perspective CH ihre Sichtweisen darlegen. Informieren Sie sich aus erster Hand über die aktuelle Energiesituation mit PERSPECTIVE CH.

In dem Sinne wünsche ich Ihnen wunderbare Herbsttage, bis bald.

Reto Caprez

Präsident PERSPECTIVE CH



Dr. Hans-Jörg Bertschi, Dürrenäsch
Unternehmer, Vizepräsident AIHK,
Vizepräsident PERSPECTIVE CH,
Co-Präsident autonomiesuisse

“ Bertschi
Dürrenäsch führt sowohl
in Russland als auch
in den USA Transporte
durch! »

autonomiesuisse

... ist eine breit abgestützte Initiative von Schweizer Unternehmern und Persönlichkeiten aus der Wirtschaft aus der politischen Mitte. Sie setzt sich für eine partnerschaftliche wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den Staaten der EU, aber auch weltweit, ein. Die politische Unabhängigkeit sichert der Schweiz gute Rahmenbedingungen für Wirtschaft und Gesellschaft. Das darauf basierende Erfolgsmodell Schweiz soll auch in Zukunft Bestand haben.

autonomiesuisse zählt über 800 Mitglieder. Wer einen Beitrag zu einer weltoffenen, erfolgreichen und freien Schweiz leisten will, kann Mitglied werden auf autonomiesuisse.ch/mitmachen.

Europa, der Krieg und die Wirtschaft

Gespräch mit Dr. Hans-Jörg Bertschi

Täglich erblickt man Container und Lastwagen mit der Aufschrift «Bertschi Dürrenäsch». Nicht nur in der Schweiz, vielmehr europaweit und immer häufiger auch auf der ganzen Welt. Die im aargauischen Dürrenäsch domizilierte Familienunternehmung, spezialisiert auf den Transport flüssiger und loser Chemieprodukte, erfreut sich zunehmend auch der Nachfrage in globalen Verkehren, die heute schon einen Drittel zum Firmenumsatz beisteuern. Die Perspektive CH hat mit dem Chef des Unternehmens, Dr. Hans-Jörg Bertschi, kürzlich ein Gespräch geführt – zu den weltweiten Nachschubproblemen, zur politischen Lage, zur Wirtschaftsentwicklung, zur Tatsache, dass Bertschi Dürrenäsch sowohl in Russland als auch in den USA Transporte durchführt: Wie ist so etwas möglich, während die Regierungen dieser Länder Kriegsgegner sind?

Angriff auf die Ukraine

Bertschi Dürrenäsch ist seit bald 20 Jahren in Russland aktiv. Hans-Jörg Bertschi nimmt zur Beurteilung des russischen Angriffs auf die Ukraine kein Blatt vor den Mund und verurteilt diesen scharf. Einschränkungen, seine Geschäftstätigkeit in Frage stellende Reaktionen hat er bislang keine erfahren. Dies, so Hans-Jörg Bertschi, weil Bertschi Dürrenäsch bezüglich Transport von Chemiegütern Sicherheitsanforderungen erfüllt, die kein Konkurrent in Russland ebenbürtig erfüllen könne. Deshalb werde die Firma vor allem von Chemieproduzenten aus Westeuropa, die nicht sanktionierte Rohstoffe etwa die Nahrungsmittel- oder Pharmabranche nach Russland liefern, nach wie vor gerne eingesetzt. Allerdings sind die Transportmengen auf weniger als einen Viertel des Vorkriegsniveaus eingebrochen.

Die Firma Bertschi gehört zu jenen Logistikunternehmen, die von der EU zu Berechnungen und Stellungnahmen angefragt worden sind, wie die siebzig Millionen Tonnen Getreide, welche in der Ukraine jährlich geerntet werden, auf Schiene und Strasse exportiert werden können, wenn die Schwarzmeer-Häfen der Ukraine kriegsbedingt nicht benutzt werden können. Das Resultat sei so niederschmetternd wie klar: Ohne Nutzung des Seewegs könne nicht einmal 10 Prozent des ukrainischen Getreides – Nahrung vor allem für Afrika – exportiert werden. Mit der erfolgten Einigung in dieser Frage zwischen der Ukraine und Russland konnten in den letzten zwei Monaten etwa 5 Millionen Tonnen Getreide aus der Ukraine exportiert werden. Allerdings liegen noch über 20 Millionen Tonnen in der Ukraine bereit für den Export, und die heutige Regelung kann jederzeit widerrufen werden.

Für 2022 könne im Übrigen mit einer normalen Ernte gerechnet werden sofern genügend Dünger verfügbar wird. Die riesigen Getreide-Anbaugebiete seien bisher im Krieg, der vor allem die Städte treffe, nur wenig zu Schaden gekommen.

Als auch in Russland tätiger Unternehmer geht Hans-Jörg Bertschi davon aus, dass der Krieg Russlands gegen die Ukraine mit seinen internationalen Auswirkungen Russland wirtschaftlich um wohl zwanzig bis dreissig Jahre zurückwerfe. Die Logistikinfrastruktur für die Umleitung bisheriger russischer Rohstoffexporte vom Westen in den Osten (etwa nach China) müsse zuerst erstellt werden. Dafür dürften viele Jahre erforderlich sein.

Wirtschaftseinbruch

Die gravierenden Unterbrüche globaler Nachschub-Ströme trifft die Schweiz als Produktions- und Vertriebsstandort nach Meinung Hans-Jörg Bertschis einschneidend. Auf die Wirtschaft dürfte dies im Jahr 2022 noch kaum grosse Auswirkungen zeitigen. Was in diesem Jahr von Firmen geliefert wird, ist vor allem während des starken Aufschwungs nach Corona, noch vor Ausbruch des Ukraine-Kriegs, als Nachfrage entstanden.

Aufträge, die jetzt infolge Lieferungsausfällen von Komponenten nicht ausgeführt werden können – Deutschland geht für 2022 von einer Reduktion der Personenwagenproduktion von 70'000 bis 80'000 Stück aus – würden die Umsätze in der zweiten Jahreshälfte treffen. Der Ausfälle werden gegen Ende 2022 sichtbar werden. Die starken Kostensteigerungen und die aus der Überwälzung auf die Preise entstandene Inflation werde diesen Rückgang für ein Zeit jedoch noch übertünchen.

Mit einem stärkeren Wirtschaftsrückgang in Europa ist im ersten Quartal 2023 zu rechnen. Hans-Jörg Bertschi erwartet im nächsten Jahr eine Rezession, fügt aber sofort hinzu: Als Unternehmer müsse man jederzeit auf eine solche Situation gefasst sein. Wer solchen Schwierigkeiten, wie sie sich für die nächsten Quartale abzeichnen, nicht die Stirn bieten könne, wer Wirtschaftseinbrüche nicht meistern und verkraften könne, versage als Unternehmer.

Für Europa schlägt gemäss Aussage von Hans-Jörg Bertschi eine Schicksalsstunde: Erweise sich Europa als unfähig, die durch Ukraine-Krieg und Versorgungsunterbrüche sowie durch Covid-



“ Als Unternehmer muss man jederzeit auf eine solche Situation gefasst sein. »

Global Tank Containers



bedingten zeitweisen Produktions-Stillstand in China eingetretenen Rückschläge und die damit verbundene Inflation bewältigen zu können, dann sei sein Abstieg in das wirtschaftliche Mittelfeld vorgezeichnet.

Stromversorgung

Die Versorgung der Schweiz mit ausreichendem, konstant nutzbarem und bezahlbarem Strom werde für unser Land zu einer eigentlichen Schicksalsfrage. Schon jetzt sei zu fordern, dass eine realistischere Betrachtungsweise lange gehegte Illusionen und Utopien endlich verdrängen müsse.

Der von der Wirtschaftlichen Landesversorgung unter Bundesrat Parmelin vorgelegte Plan «Notversorgung Strom» zur Überbrückung der absehbaren Winterstromlücke werde von Seiten der Wirtschaft als realistisch, ja als gut eingeschätzt. Aber der Gesamtbundesrat folge ihm (noch) nicht. Die «Energiewende», von der man 2015 geträumt habe, müsse dringend mit der Realität in Einklang gebracht, praktisch also verabschiedet werden. Selbstverständlich gehöre zur Energieversorgung, dass alternative Energien wie die Photovoltaik zu nutzen seien, dass neue Möglichkeiten der Energiegewinnung gesucht würden – beispielsweise durch Nutzung organischer Abfälle. Die Meinung, damit den Energiebedarf in der Schweiz auch im Winter auf Dauer decken zu können, ist aus der Sicht Hans-Jörg Bertschis aber unrealistisch.

Der Bundesrat müsse sehr schnell bezüglich des Ausbaus der Energieversorgung handeln, nicht bloss Mangelszenarien für die allernächste Zukunft beschwören. Strom-Rationierung, Strom-Einschränkung oder gar Blackouts hätten eine katastrophale Auswirkung auf die Wirtschaft der Schweiz und die weltweite Reputation unseres Landes. Es gibt in der Schweiz viele Projekte zur Steigerung der Stromproduktion mit Wasser- und Windenergie, die seit Jahren durch Einsparungen blockiert sind. Gemäss Bundesamt für Bevölkerungsschutz ist eine dauernde Strommangellage das grösste Risiko für unser Land, schlimmer als eine Pandemie. Bundesrat und Parlament sind zum Handeln aufgefordert – wenn nötig auch mit Notrecht.

Gütertransport

Zunächst verweist Hans-Jörg Bertschi auf einen bedeutenden – von den Medien bislang kaum berichteten – Fortschritt: Bezüglich der europäischen Nord-Süd-Eisenbahn-Transversale (Nord-europa – Gotthard – Südeuropa) bilde der Abschnitt Karlsruhe-Basel nach wie vor – und gemäss Ausbauplänen der Deutschen Bundesbahn noch bis in die Vierzigerjahre einen insbesondere den Güterverkehr schwerwiegend behindernden Engpass. Es sei nun aber gelungen, Frankreich zur durchgehenden Elektrifizierung der linksrheinischen Eisenbahnlinie (Mannheim – Strassburg – Mülhausen – Basel) zu bewegen, was die Leistungsfähigkeit der Nord-Süd Gütertransversale auf der Schiene entscheidend verbessere, da das verkehrsgeplagte Nadelöhr Süddeutschland ab etwa 2030 teilweise umfahren werden kann.

Damit könne die Verlagerung des Nord-Süd-Güterverkehrs auf die Schiene markant beschleunigt werden.

Herbstsession 2022

Zu den bedeutendsten Geschäften der Herbstsession gehören sicherlich die Armeebotschaft 2022, inkl. Kauf des F-35 sowie die gesamte Debatte rund um die Energiepolitik mit der Gletscherinitiative und dem indirekten Gegenvorschlag.



Stefanie Heimgartner, Baden
Betriebsleiterin, Nationalrätin
Vorstand PERSPECTIVE CH

Armeebotschaft genehmigt

Nachdem links-grün unsere Armee in den letzten Jahren immer mehr und systematischer geschwächt hat, hat das Parlament dieses Jahr bereits einer Budgeterhöhung zugestimmt. Der Angriff Russlands auf die Ukraine zeigt, dass in Europa wieder konventionell Krieg geführt wird. Die Sicherheitslage hat sich innert kürzester Zeit drastisch geändert und die finanzielle, personelle und materielle Aufstockung der Armee ist zwingend notwendig. Dank des koordinierten Vorgehens zwischen Ständerat und Nationalrat, wurde die sofortige Beschaffung des F-35 beschlossen, um den Schutz der Bevölkerung vor Bedrohungen aus der Luft auch nach 2030 zu gewährleisten. Bereits am 19. September 2022 unterschrieb die Armasuisse den Kaufvertrag für die Beschaffung des F-35 und nur einen Tag später gab die Allianz gegen den F-35 bekannt, dass die Volksinitiative «Stopp F-35» zurückgezogen wurde. Ausserdem beinhaltet die Armeebotschaft 2022 die Beschaffung eines neuen BODLUV System.

Nur die SVP will tiefere Benzinpreise

In der Schweiz sind viele Privatpersonen, Handwerker, KMU etc. auf ein Fahrzeug angewiesen, um mobil zu sein und ihren Beruf ausüben zu können. Die SVP reichte verschiedenste Vorstösse ein, um diese arbeitende Bevölkerung durch die Aufhebung der Mineralölsteuer finanziell zu entlasten. Dadurch wäre der Liter Benzin 80 Rappen günstiger geworden und hätte das Portemonnaie effektiv geschont. Der Vorschlag wurde jedoch im Nationalrat nur von der SVP unterstützt und mit 138 zu 57 Stimmen abgelehnt. Selbst eine temporäre, auf zwei Jahre begrenzte, Aussetzung der Mineralölsteuer wurde mit 135 zu 58 Stimmen verworfen. In der kleinen Kammer wurde die Aufhebung der Mineralölsteuer mit 34 zu 4 Stimmen bei 5 Enthaltungen abgelehnt, die temporäre Aussetzung derjenigen mit 32 zu 7 Stimmen bei 4 Enthaltungen. Die Vorstösse sind somit vom Tisch.

Mitten in der grössten Stommangellage seit Jahrzehnten, wird der Ausstieg aus den fossilen Energien gefordert

Es ist eingetreten, wovor die SVP bereits 2017 warnte. Bereits bei der Annahme der Energiestrategie 2050 (im Jahr 2017) wurde gewarnt, dass diese Strategie zu massiv mehr Kosten und zu einer Verknappung von Strom führen wird. Heute explodieren die Preise und wir stehen vor dem ersten Winter, in dem uns der Strom auszugehen droht. Alternative Stromquellen beziehungsweise Stromspeicherkapazitäten stehen nicht ausreichend zur Verfügung.

Die Gletscherinitiative und der indirekte Gegenvorschlag sind ein Stromfresser-Gesetz! Während die zuständige Bundesrätin mit peinlichen Vorschlägen zum Stromsparen aufruft, beschliesst das Parlament gleichzeitig ein Gesetz mit einer gesetzlichen Verankerung des Ziels Netto-Null-Treibhausgasemissionen bis 2050. Im Klartext bedeutet dies den Ausstieg aus den fossilen Energieträgern, was zu einem massiven Anstieg des Stromverbrauches führen wird.

“ Die Gletscherinitiative und der indirekte Gegenvorschlag sind ein Stromfresser-Gesetz! »

Armeebotschaft: das neue Kampfflugzeug F-35 und das Weiterfliegen des F-5



Maja Riniker, Suhr
Betriebsökonomin FH,
Nationalrätin

Nach dem Ständerat hat in dieser Herbstsession auch der Nationalrat die Armeebotschaft (2022) mit einem Umfang von 9,5 Milliarden Franken gutgeheissen. Wenn wir bedenken, dass vor 30 Jahren, im Jahr 1990 rund CHF 735.00 pro Einwohner in der Schweiz für die Armee ausgegeben wurden, waren es im vergangenen Jahr 2021 noch CHF 565.00. Es ist mehr als richtig, dass wir der Sicherheit auch punkto den finanziellen Mitteln, die dringend benötigt werden für die Neu- und Ersatzinvestitionen, auch zusätzlich höhere Mehrausgaben bewilligen.

Wir haben den Bundesrat verpflichtet die F-35 Offerte zu unterzeichnen, bevor diese Ende März 2023 ausgelaufen wäre. Armasuisse hat sogleich die Offerte unterzeichnet und nun steht diesem Beschaffungsvorhaben nichts mehr im Wege. Zudem wurde der Entscheid unterstützt, die Ausserdienststellung der F-5 Kampfflugzeuge auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben. Geplant wäre gewesen, dass diese Ende 2025 den letzten Flug machen dürfen. Stand jetzt fliegt dieses Dienstleistungsflugzeug ohne «Ablaufdatum» weiter.



«Der Angriff Russlands auf die Ukraine hat unsere Sicherheitslage innert kürzester Zeit drastisch verändert.»

“ In der Herbst-session haben wir Mehrausgaben für die Armee im Umfang von 300 Millionen beschlossen, um die Armee schneller den veränderten geopolitischen Gegebenheiten anzupassen.»

Mit einer Heerschar an Anträgen haben die linken Parteien versucht, verschiedenste Posten (bspw. die Munitionsabgabe an Schützenvereinen) zu kürzen oder zu streichen. Jedes Mal unterlagen sie jedoch einem geschlossenen bürgerlichen Block. Der Versuch den Volkswillen mit ihrer «Stopp F-35»-Initiative mit Füßen zu treten und auf unrühmliche Weise eine erneute Abstimmung zu forcieren, scheiterte ebenfalls, als die besagte Kaufklausel bestätigt wurde. Wir wissen heute, dass die Initiative zurückgezogen wurde.

In der Herbstsession haben wir Mehrausgaben für die Armee im Umfang von 300 Millionen beschlossen, um die Armee schneller den veränderten geopolitischen Gegebenheiten anzupassen. Erste Erkenntnisse aus dem Ukraine-Krieg bestätigen die im sicherheitspolitischen Bericht und in den Berichten zur Luftverteidigung der Zukunft und der Zukunft der Bodentruppen gemachten Überlegungen. Nicht nur der Schutz des Luftraums ist von zentraler Bedeutung, sondern auch die Fähigkeit zur Verteidigung am Boden. Für diese Fähigkeit sind Panzerabwehr-Lenk Waffen, eine Artillerie, geschützte Fahrzeuge sowie die Fähigkeit zur Kommunikation unerlässlich. Zudem sind weitere Massnahmen für die Cyberabwehr notwendig. Zusätzliche Beschaffungen sind kurzfristig möglich. Aus diesen Gründen haben wir beschaffungsreife Projekte vorgezogen und Investitionen im Umfang von total 300 Millionen für den Eigenschutz im Cyber- und Elektromagnetischen Raum sowie die Beschaffung von einer weiteren Tranche 12-cm-Mörser 16 bewilligt.

Des weiteren hat es mich gefreut, dass mein Engagement in der Sicherheitspolitik messbar ist. In einer durch das Forschungsinstitut gfs.bern durchgeführten Studie zeigt sich, dass ich von allen Nationalräten den Platz Nr. 3 belege. Die AargauerZeitung spricht von armeefreundlichen Aargauern, denn unser Parteipräsident und Ständerat Thierry Burkart belegt unter allen Ständeräten den hervorragenden ersten Platz: <https://www.aargauerzeitung.ch/aargau/kanton-aargau/armeefreundlichkeithitparade-der-sicherheitspolitiker-burkart-riniker-glarner-vorne-und-das-sind-die-schlusslichter-aus-dem-aargau-ld.2345457>. Die Studie können Sie unter https://www.gfsbern.ch/wp-content/uploads/2022/09/222041_parlamentariertracking_sicherheit_sb.pdf nachlesen.



Martina Bircher, Aarburg
Frau Vizeammann (Ressort Soziales,
Gesundheit und Jugend),
Nationalrätin

“Einen weiteren
Negativrekord werden
wir bei der illegalen
Migration erreichen.»

In diesem Jahr wächst die Schweiz um eine viertel Million Einwohner

Innert der ersten sechs Monate haben über 65'000 Personen den Schutzstatus beantragt. Damit sind so viele Schutzsuchende in die Schweiz gekommen, wie seit den 1990er-Jahren nicht mehr. Hinzu kommen Personen aus dem ordentlichen Asylsystem, auch diese Zahlen haben in den letzten Wochen massiv zugenommen. Dementsprechend hat der Bund sein Szenario nach oben korrigiert: Er rechnet mit 20'000 Asylsuchenden bis Ende Jahr. Einen weiteren Negativrekord werden wir bei der illegalen Migration erreichen. Wenn es so weitergeht, werden 35'000 Illegale an unseren Grenzen aufgehalten, wobei die Dunkelziffer um einiges höher sein darf. Da tickt eine sicherheitspolitische Zeitbombe. Es scheint, dass durch die gut gemeinte und grosszügige Aufnahme von Schutzsuchenden im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg eine Kettenreaktion stattfindet und sich immer mehr Menschen aus Afrika und Nahost auf den Weg in Richtung Europa machen. Die Schweiz wird durch die ungebremste Zuwanderung allein dieses Jahr um fast 250'000 mehr Menschen wachsen. Nicht nur der Zustrom an Schutzsuchenden, Asylsuchenden und Illegalen schlägt neue Rekorde. Auch die Personenfreizügigkeit könnte dieses Jahr einen neuen Rekord verzeichnen, wenn 80'000 oder mehr Menschen netto einwandern.

Die Schweiz befindet sich schon lange in einer Migrationsspirale

Diese Spirale scheint sich immer schneller zu drehen. Auf der einen Seite haben wir ein Asylsystem in dem mittlerweile Türken die zweit grösste Gruppe darstellen und in $\frac{3}{4}$ der Fälle sogar als Flüchtling anerkannt werden. So, dass keine Kapazitäten vorhanden sind und eine zusätzliche Einwanderungsmöglichkeit aktiviert wurde – der Schutzstatus. Dieser wiederum ermöglicht es an über 40 Millionen Einwohner aus der Ukraine in die Schweiz einzuwandern, ohne grosse Formalitäten und vor allem ohne Dublinsystem! So sind viele schon seit Wochen und Monaten in anderen europäischen Ländern bevor sie sich entschliessen in die Schweiz einzuwandern. Je mehr Einwanderer die Schweiz hat umso mehr «Fachkräfte» brauchen wir. Denn auch die Zugewanderten werden krank, brauchen Pfleger und Ärzte. Auch sie haben Kinder, die zur Schule gehen. Und auch sie wollen wohnen, ein Auto haben und mit Strom und Gas versorgt werden. Wenn die Schweiz in eine Rezession abrutscht, wird dies auf dem Arbeitsmarkt spürbar sein. Und unser lasches Ausländerrecht hat darauf keine Antworten. Aber anstatt sich die bürgerlichen Parteien in Bern darauf vorbereiten, passiert genau das Gegenteil, die «vorläufige Aufnahme» soll mit Privilegien ausgebaut werden und nach 10 Jahren in der Schweiz darf keine Bewilligung aufgrund von Sozialhilfeabhängigkeit mehr entzogen werden.



Silvan Hilfiker, Oberlunkhofen
Fraktionspräsident FDP, Grossrat

“Vom Regierungs-
rat erwarte ich Mut,
Investitionen in die
steuerliche Attraktivität
zuzulassen.»

Steuerpolitik als wichtiger Standortfaktor

Der Aargau gehört nicht mehr zur Avantgarde der Wirtschaftskantone. Im Ressourcenindex des Bundes hat der Aargau deutlich verloren und liegt nun auf dem 17. Platz des Kantonsrankings. Damit nicht genug! In der jüngsten CS-Studie zur Standortqualität büsst der Kanton Aargau schweizweit am stärksten ein und landet nur noch auf Platz 7. An politischen Herausforderungen mangelt es daher nicht. Wir bürgerlichen Kräfte im Aargau fühlen uns bestätigt in unserem Engagement für die Steuergesetzrevision 2022 mit den beiden Kernelemente Erhöhung des Krankenkassenprämienabzuges und Senkung der Gewinnsteuern für Unternehmen. Der Handlungsbedarf ist nach wie vor gegeben. Unsere Ambition muss sein, bei der Standortattraktivität an der Spitze der Kantone zu stehen! Deshalb müssen wir die Attraktivität des Kantons weiter verbessern – für Unternehmen und Private. Vom Regierungsrat erwarte ich eine notwendige Portion Mut, Investitionen in die steuerliche Attraktivität zuzulassen.

Die kürzlich vorgestellte Steuerstrategie des Regierungsrats zielt in die richtige Richtung. Sie berücksichtigt die bürgerliche Forderung Eigenheimbesitzerinnen und Eigenheimbesitzer durch die Mehreinnahmen der Gesetzesrevision beim Schätzungswesen zu entlasten. Ebenso zeigt die Strategie auf, dass der Aargau heute bei den tieferen Einkommen sehr attraktiv ist, bei höheren Einkommen aber nicht. Mit einer Reduktion des Steuersatzes für höhere Einkommen sowie bei der Vermögenssteuer wird der Aargau in diesen Bereichen wettbewerbsfähiger. Die Kommissionsberatung zu diesem Geschäft hat soeben gestartet und es ist geplant, die Steuerstrategie im Dezember im Grossen Rat zu verabschieden. Die Herausforderung wird sein, dass wir uns im Rat auf einer strategischen Ebene bewegen und nicht in operative Themenstellungen verfallen, welche das eigentliche Ziel verfehlen: Die langfristige strategische Ausrichtung der Aargauer Steuerpolitik.



Dr. Daniel Heller, Erlinsbach
Partner bei Farner Consulting AG,
Präsident der Spezialklinik Barmel-
weid, Verwaltungsratspräsident der
Kantonsspital Baden AG, verschiedene
Verwaltungsratspositionen im Finanz-
bereich und Startup Bereich

Was schuldet der Regulator dem Innovator?

Ist eine Idee auf dem Markt lanciert, entscheiden die Kunden über deren Erfolg. Doch auch dem Staat obliegt eine wichtige Aufgabe: Er setzt die richtigen Rahmenbedingungen. Dabei reguliert er auch zahlreiche Branchen, Märkte und Bereiche. Das tut er mit Gesetzen, die zum Teil Dutzende Jahre alt sind. Die technologischen Entwicklungen kommen jedoch immer schneller und ungefragt. Die Digitalisierung ist darum für alle Staatswesen eine riesige Herausforderung: Die nötigen Infrastrukturen müssen vorhanden sein, neue Geschäftsmodelle tauchen auf, es stellen sich drängende Wettbewerbsfragen. Das Gesundheitswesen ist in besonderem Masse betroffen.

Innovation überholt Regulierung

Beispiele sind viele zu finden. Ein anschauliches soll hier genügen: Wer heute ein Auto zulassen will, muss einmalig verschiedene Tests absolvieren – zum Beispiel, ob das Auto den Sicherheitsanforderungen genügt. In Zukunft wird die Software von Fahrzeugen über das Internet aber laufend aktualisiert, was grundsätzliche Änderungen am Auto zur Folge haben kann. Wie prüft der Staat hier die Sicherheit und andere Vorschriften noch? Wie macht er aus einer einmaligen Zulassungsregulierung einen kontinuierlichen Prozess? Das gilt nicht nur für Autos, sondern für alle Dinge, die am Internet angeschlossen sind. Und das sind immer mehr, gerade im Spital- und Gesundheitswesen.

Welche Regulierungsstrategie ist die Richtige?

Der Druck auf die Regulierung wird daher von Seiten Wirtschaft technologiebedingt zunehmen. Denn die herkömmlichen, historisch gewachsenen Regulierungen sind oft ungeeignet, um die neuen Geschäftsmodelle (E-Health, Fintech, Sharing Economy, FoodTech, etc.) mitabzudecken. Und das herkömmliche Gesetzgebungsverfahren ist langsam und hinkt der Realität hinterher. Der Staat kann mit verschiedenen Strategien reagieren. Der Staat kann:

- regulatorische **Hindernisse aus dem Weg räumen**, die zum vornherein gewisse Geschäftsmodelle verhindern. Dazu kann er Gesetze anpassen, oder neue Gesetze schaffen. Das geht in unserem System (zu) langsam;
- überregulierte **Branchen so deregulieren**, dass gleich lange Spiesse mit den neuen Marktteilnehmern hergestellt werden;
- seine wirtschaftsrelevanten Regulierungen grundsätzlich und **konsequent «technologieneutral» aufsetzen**, etwa nach dem Prinzip «was analog erlaubt ist, soll digital auch erlaubt sein»;
- nach dem Vorbild des Gesundheitswesens (KVG) in Gesetzen **«Experimentierartikel»** schaffen; diese erlauben für eine begrenzte Phase und streng kontrolliert das Ausprobieren neuer Ideen, ausserhalb des gesetzlichen Rahmens.

Wir brauchen eine technologieunabhängige Regulierungsstrategie, die Experimente zulässt

Der Innovator benötigt vom Regulator darum ein grundsätzliches Umdenken in der Frage der Regulierung. Die Schweiz – Bund und Kantone – brauchen dringend Normkonzepte, welche technologieunabhängige Regulierungen vorgeben. Sodann brauchen alle überregulierten Branchen Experimentierartikel, wie sie heute im Gesundheitswesen schon eingeführt sind. Entsprechend den in jüngster Zeit zugelassenen Pilotnormen im Gesundheitswesen (KVG resp. in den kantonalen Anschlussgesetzgebungen), soll das Ausprobieren von neuen Lösungen, Verfahren und Produkten in relevanten Gebieten mit klaren zeitlichen, örtlichen und thematischen Begrenzungen sowie unter angemessenen Auflagen (Sicherheit, Konsumentenschutz) ermöglicht werden. Profitieren davon sollen gleichermaßen Startups sowie bestehende innovative Anbieter. Für eine Eignung zu Pilotnormen wären Gesetzgebungen in vielen überregulierten Bereichen und Branchen zu evaluieren.

Daneben gilt es drei **weitere Probleme** konsequent anzupacken:

- Wir haben eine zunehmend **aufwändige behördliche Bürokratie**, die auf etablierte und administrativ starke Firmen ausgerichtet ist. Es braucht insbesondere für Startups den Fast-Track mit Sonderlösungen und/oder Bürokratieabbau. Dazu gehören eine konsequente Vereinfachung und Digitalisierung des Verkehrs mit Behörden.
- Die Schweiz hat für Investoren **ungünstige steuerliche Rahmenbedingungen**, etwa die Anrechnung von Venture Capital in der Vermögenssteuer. Die Abschaffung der Vermögenssteuer, die uns im internationalen Vergleich benachteiligt, ist anzustreben.
- Es wird zunehmend schwierig, **Talente von ausserhalb der EU** zu rekrutieren. Es braucht eine erleichterte Regelung, damit wir hochqualifizierte Fachleute für Forschung und Innovation unkompliziert in die Schweiz bringen können.



Der Kanton Graubünden war das einzige Staatswesen auf der Welt, das für 25 Jahre (1900 – 1925) ein explizites Verbot für privaten Motorverkehr auf der Strasse kannte.

Öffentliche Veranstaltung



Strom – wie weiter?

Donnerstag, 10. November, 19.30 Uhr
Gasthof Ochsen, Lupfig

Michael Bhend

ElCom, Leiter Sektion Netze und Europa

Martin Koller

Axpo, Head Corporate Strategy & Economics

Weitere Referate:

Martina Bircher

Nationalrätin, Vizeamman Aarburg (Soziales, Gesundheit & Jugend)

Silvan Hilfiker

Grossrat, Fraktionspräsident FDP

**Informieren Sie sich aus erster Hand.
Alle sind herzlich willkommen.**



Einladung zur Mitgliederversammlung

Donnerstag, 10. November
18.00 Uhr
Gasthof Ochsen, Lupfig

Traktanden

- Begrüssung
- Protokoll der Mitgliederversammlung vom 4.11.2021
- Tätigkeitsbericht 2021/2022
- Jahresrechnung 2021
- Bericht der Revisionsstelle für das Jahr 2021
- Entlastung des Präsidiums und der Vorstandsmitglieder
- Wahl der Revisionsstelle, Antrag: Wiederwahl der thv AG, Aarau
- Bestätigung der Wahl des Co-Präsidiums, gem. Art. 23, Abs. 3, der Statuten
- Verschiedenes (Aktivitäten 2022, Mitgliederwerbung, Umfrage)

Sind das auch Ihre Anliegen?

- Souveränität, Freiheit und Unabhängigkeit der Schweiz und ihrer Bevölkerung
- Eine weltoffene und aktive Aussenwirtschaftspolitik unseres Landes
- Die wirkungsvolle und fortschreitende Verbesserung der staatlichen Rahmenbedingungen für den Werk- und Finanzplatz Schweiz
- Alternativen zur abzulehnenden Vollmitgliedschaft der Schweiz in einer EU gemäss den Maastrichter Verträgen

Dann sind wir auf Ihre Unterstützung angewiesen!



Forum für Weltoffenheit und Souveränität

PERSPECTIVE CH
Postfach 2553
5001 Aarau

Telefon 056 464 28 49
info@perspective-ch.ch
www.perspective-ch.ch

Beitrittserklärung zu PERSPECTIVE CH

Bitte Talon einsenden oder Anmeldung per Mail mit den untenstehenden Angaben.

Name, Vorname _____

Genauere Anschrift _____

PLZ/Ort _____

Beruf, Stellung _____

Politische Mandate _____

Jahresbeiträge

- Privatpersonen Fr. 50.–
- Juristische Personen Fr. 100.–
Firmen, Verbände, ...
- Gönner ab Fr. 200.–

Spenden willkommen!

Bankverbindung:
Credit Suisse (Schweiz) AG
8070 Zürich
IBAN: CH55 0483 5052 9798 8100 0